

Neuer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neudorf

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat:
Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 RM.

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Kisleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Kisleben.
Geschäftsstelle in Neudorf: Franz Kaufmann Weig, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Kisleben Nr. 21. — Volkshofkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Stellennetz 20 Pf. Anzeigenannahme an Werktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtparkasse Neudorf — Bankverein Artern.

№ 66

Sonnabend, den 8. Juni 1929

42. Jahrgang

Der Young-Plan fertiggestellt. Zur Unterzeichnung bereit.

Paris, 7. Juni.
Im Laufe des gestrigen Tages ist nach Überwindung noch einiger unbedeutender Schwierigkeiten der Young-Plan endgültig fertig gestellt worden. Die Sachverständigen traten am Nachmittag zu einer Vollziehung zusammen, in der von dem Abgänger der Redaktionsarbeiten Kenntnis genommen wurde. Die Unterzeichnung des Dokuments findet heute statt.

Nach Angaben des „Reit Barfien“ entfallen von den ersten 37 Durchsichtsammlungen, die, wie bekannt, nach Abzug der Abminderungen für die Zinsen-Anteile 1988 Millionen Mark betragen, folgende Summen auf die einzelnen Gläubiger: Frankreich 1039 Millionen, Großbritannien 419 Millionen, Italien 211 Millionen, Belgien 15 Millionen, Vereinigte Staaten 66 Millionen, Japan 15 Millionen. Der Rest wird unter Schweden, Rumänien, Griechenland, Polen und Portugal verteilt.

Groener über die Reichswehr.

Feilschaften an dem geistigen Inhalt der Tradition. — Die Sparmassnahmen. — Das Spionagegesetz im Deutschland.
Berlin, 7. Juni.

Die Beratungen im Haushaltsauschuss des Reichstages stehen gegenwärtig im Zeichen des Mehrheits und besonders unter dem Eindruck der Rede, die der Reichswehrminister Groener am Mittwochabend gehalten hatte. In dieser Rede hatte Groener die in der letzten Zeit in der Reichswehr durchgeführten Maßnahmen als einen Ausdruck des Willens zur Wehrfähigkeit begrüßt. Der Minister betonte wieder, daß die Reichswehr zu einem überparteilichen Standpunkt gebracht werden müßte. In mancher Beziehung habe die alte Armee, die trotz veränderter Schranken ein vorzügliches Kriegsinstrument gewesen sei, noch nicht wieder erreicht. Die Jahrhunderte lang bestehende Tradition des deutschen Heeres sei abgelehnt von ihren Vorgesetzten in ihrem geistigen Inhalt bereinigt und nicht zum Abbruch verurteilt. Wir ständen an einem Wendepunkt der Kriegskunst und niemand wisse, wohin der Weg gehe. Aus Sparmassnahmen würden in diesem Jahre die Wanderversuche ausfallen. Auch andere Sparmassnahmen würden durchgeführt, die aber nicht für die nächsten Jahre veranwortet werden könnten, da man sonst den Anstoß an die Zukunft verpasse.

Im Verlauf der Aussprache wurden zahlreiche Anfragen an den Minister gerichtet, die er am Donnerstag beantwortete. Er betonte, daß das Spionagegesetz, das sich im Deutschland finde, immer enger werde. 100 Fälle mit 111 Personen seien bereits abgeurteilt. Es sei eine Staatsnotwendigkeit, hier die Wehrfähigkeit zu fördern. Es wurde eine Entschuldig angenommen, wonach bei der Zusammenlegung von Garnisonen darauf zu achten ist, daß die Gemeinden nicht zu Aufwendungen veranlaßt werden, die eine schwere Belastung bedeuten. Ferner wurde die Vorlegung einer neuen Denkschrift über die Völkermassnahmen angeordnet.

Erregte Debatten im Reichstag.

Die Pariser Verhandlungen im Vordergrund.
Berlin, 7. Juni.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages legte man die Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums fort. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand die Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius, der sich besonders in der Frage der Arbeitslosenversicherung schärfte gegen die Sozialdemokratie gewandt hatte.

Abgeordneter Brandes (Soz.) sprach sich gegen die Ausführungen des Reichswirtschaftsministers zur Frage der Arbeitslosenversicherung, durch die der Eindruck erweckt werden konnte, als sei diese Frage bereits abschließend vom Kabinett geregelt. Tatsächlich sei dies nicht der Fall. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Die Sozialdemokraten stimmten einer befristeten Beitragserhöhung zu und leiten zur Beteiligung nachweislich bestehender Arbeitslosen bereit, im übrigen verlangten sie aber die Fortführung der unbeschränkten Versicherung. Unter lebhafter Zustimmung erklärte der Redner, das Verhalten der 2 1/2 Millionen Erwerbslosen stehe erheblich ab von den Gewalttäten derjenigen, die durch den Sturm auf die Finanzmärkte ihr Recht suchen.

Abgeordneter Dr. Köhne (Dnt.) wandte sich ebenfalls gegen die Ausführungen des Ministers, der ein Verurteil über die ganze deutsche nationale Partei abgegeben habe, ohne den Beweis für seine Behauptungen zu erbringen. Der Minister habe außerdem die Grenzen des auch in vermeintlicher Abwehr Zulässigen überschritten. (Zustimmung rechts.) Der Redner befähigt sich dann mit der Pariser Konferenz. Der Redner fragt, ob der Minister den Verhandlungen zugestimmt habe, die die Frage der Arbeitslosenversicherung gelöst war, ob er kein Wort dagegen eingelegt habe, daß wir Verpflichtungen weit über das Versailles-Diktat hinaus übernehmen, wie er weiter das Ungeheure mitteilen konnte, daß gegenüber den brutalen Forderungen der Alliierten die deutschen Verleugnungen in Höhe von über 40 Goldmilliarden nicht aufgerechnet wurden. Alle diese verbindernde, Unheil abwendende Tätigkeit habe

man beim Reichswirtschaftsminister vermisst. Wenn trotz der denkbar schlechtesten strategischen Lage unserer Sachverständigen deutsche Wirtschaftsführer vom Range eines Bäckers sich der Regierung zur Verfügung stellen, so gebühre ihnen Dank und Anerkennung. Sein nach innen und innen Kampf geführter Rüstungsbeschluss lasse klar erkennen, daß die Grenzen deutschen Entgegenkommens überschritten waren. Der Redner rief dann heftige Angriffe gegen den Abgeordneten Brandes. Der Redner fragte zum Schluß den Minister, ob er dem Saule vorzögen wolle, den Pariser Abmachungen, die auf dieser Basis zustande gekommen sind, zuzustimmen. Deutschland habe keinerlei Verpflichtung, reicheren Vätern auf sechs Jahrzehnte die finanziellen Sorgen abzunehmen. Es müsse endlich Schluss gemacht werden mit den Forderungen, die aus der unheimlichen Kriegsschuldfrage gezogen werden. (Beifall rechts.)

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius erwidert dem deutschen Nationalen Redner, seine Bemerkung gegen die Deutschenationalen habe sich gegen deren Ablehnung der Vorlage über die Weltwirtschaftskonferenz gerichtet. Der Abgeordnete Dr. Reueung-Zung habe tatsächlich die handelsvertraglichen Verhältnisse durchaus scharf dargestellt (Widerpruch rechts). Auf die Reparationsverhandlungen könne erst später eingegangen werden. So wolle es auf das entscheidende zurück, daß meine Ausführungen irgendwo der Sachverständigenkonferenz Gelegenheit geboten hätten, die deutschen Interessen zu schützen. Die Deutschenationalen haben mir eine Verleumdung wegen der Vollpolitik geteilt. (Abg. Graf v. Westarp (Dnt.) ruft erregt: „So wolle diese Unterstellung zurück!“). So kann nur wiederholen, daß ich in der Beurteilung der Vollfrage mit dem Reichswehrminister übereinstimme. So habe in meiner Amtstätigkeit einen erheblichen Teil meiner Arbeit für den Mittelstand eingesetzt.

Abg. Bernhard (Dnt.) erklärte, er habe nach den Vorbereitungen, die der Abg. Köhne für die Verbreitung seiner Rede getroffen habe, höhere geistige Qualitäten erwartet. (Gelächter und Jurist: Sie sind ein Mann von Geist!) Es scheine im System des Herrn Köhne zu liegen, falsch zu liegen. Er habe teils Dinge gesagt, die überhaupt nicht geschrieben worden seien, teils hervorgehobene Worte und Sätze wiedergegeben. Es ist nicht zu leugnen, so erklärt der Redner, daß Böglar und Schacht ins Fahrgebiet gefahren sind, um die Schamerindustrie umzukümmeln. Nach den Darlegungen Schachts über die drohende Transporthilfe hat Schacht bei den Besprechungen erwidert, er brauche diese Krise jetzt, nur dann seien die Vorklagen und die Reparationsfrage auf einmal zu beilegen. (Stürmisches Hört! Hört! links. — Jurist rechts: Das hat ihm der Kellner erzählt!) Daß ein Schaden durch seine Äußerung nicht entstanden sei, ergebe sich daraus, daß vier Tage nach dem Beschlusse unsere Forderung, daß die anderen Delegierten auf den Young-Plan zurückgehen müßten, bekräftigt worden sei. (Jurist rechts: Sie trügen noch ein Verdienstkreuz!)

Abg. Zörgler (Komm.) weist darauf hin, daß der Minister kein Wort über die Arbeitslosenversicherung gesagt habe und die Erklärung des Abg. Brandes also das Produkt von Verhandlungen der Regierungspartei zu sein scheine. Der Redner beantragt erneut die Herbeiführung des Reichstages.

Der Antrag wird gegen die Antragsteller abgelehnt.

b Guerard über den Paragraphen 218.

Die Debatte im Strafrechtsauschuss.
Berlin, 7. Juni.

Der Strafrechtsauschuss des Reichstages setzte gestern die Aussprache über den Abtreibungsparagraphen fort. Er steht Gedächtnis vor für eine Frau, die ihre Frucht im Mutterleib durch Abtreibung löste, ohne die Lösung durch einen anderen zu tun. In besonders leichten Fällen kann von Strafe abgesehen werden. Bei gewöhnlicher Abtreibung ist Juchhausstrafe bis zu 10 Jahren vorgezogen.

Reichsjustizminister Guerard bezeichnete die Fassung des Entwurfs als eine gute Lösung. Es sei ein klarer Strafrahmen vorgezogen, der allen Fällen gerecht werden könne. Einer Einschränkung der Strafbarkeit über den Entwurf hinaus müsse die Reichsregierung widersprechen. Eine etwaige Freigabe der Abtreibung in Krankenhäusern würde das Körperverbrechen nicht beseitigen. Außerdem würde die Freigabe der Abtreibung eine weitere gewaltige Übernahme der Geburtenziffer zur Folge haben. Die Möglichkeit strafloser Abtreibung müsse schließlich die letzten Semengen auf geschlechtlichem Gebiete einreisen. Es sei eine weitere Verminderung der Sitten und eine Vernichtung der Achtung vor dem werdenden Leben zu befürchten und eine weitere Zerrüttung der Grundlagen der Ehe müsse eintreten. Der Minister wandte sich auch gegen die von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Dreimonatsgrenze, die gesetzgeberisch nicht vertretbar sei.

Der Reichsjustizminister befähigte sich dann mit den Forderungen nach Freigabe der Abtreibung unter bestimmten Voraussetzungen der logischen Argumenten, sozialen und ethischen Indikationen. Er lehnte alle diese Gründe ab. Zur Begründung dieses ergriff er darauf hin, daß beim heutigen Stande der Ver-

lungslöhre nicht mit Sicherheit erklärt werden könne, daß ein bestimmtes Elternpaar ein krankes Kind erzeugen werde. Eine Erweiterung des sozialen Schutzes von Mutter und Kind sei Aufgabe des Staates. Wenn aber mit logischen Mitteln der Abtreibung vorgebeugt werde, könne für Straffreiheit kein Raum mehr sein. Notzucht und Schwangerschaft könnten nur durch Beirathung des Täters, nicht aber durch Abtreibung gehindert werden. Zusammenfassend stellte der Minister fest, daß eine weitere Forderung der Straffreiheit nicht angängig sein könnte. Das Recht zur Vernichtung von Leben könne nur in den medizinisch unbedingten Fällen der Schwangerschaft und dadurch förmlich erlaubten Fällen des Fötusabganges zugelassen werden. Ein weiteres Unmögliches der Abtreibung würde das deutsche Volk unmöglich und moralisch zu Grunde richten.

Ratskomitee für Minderheitenfragen. Streng geheime Eröffnungssitzung in Madrid.

Madrid, 7. Juni.

Der Ratsauschuss für die Minderheitenfragen, dem sämtliche Mitglieder des Völkerbundes angehören, hat gestern in Madrid streng geheimen Sitzung den Sonderbericht des Dreierausschusses angelehnt. Die Verteilung des umfangreichen Berichtes nahm die gesamte Vorkonferenztagung in Anspruch.

Im Beginn der Sitzung gaben Briand, Scialoja und Adamiß Erklärungen ab, in denen sie ihrem lebhaften Bedauern über das Ausbleiben Chamberlains aus dem Völkerbundesrat Ausdruck gaben und seine bisherige Tätigkeit und seine Verdienste um den Völkerbund hervorhoben. Die Ausführungen des Ratsauschusses über den Londoner Bericht wird in der nächsten Sitzung beginnen.

Von Seiten der englischen Abordnung wird amtlich die Mitteilung für falsch erklärt, nach welcher der englische Ratsminister in Madrid, Graham, der England im Ratsauschuss für die Minderheitenfragen vertritt, bereits Beschlüssen der neuen Regierung über seine Faltung in der Minderheitenfrage erhalten haben soll. In unterrichteten Kreisen wird dieses Dementi dahin ausgelegt, daß dann die Mitteilung über das Eintreffen neuer Verfügungen für den englischen Ratsminister als zutreffend anzusehen sei.

Im Laufe des Donnerstagsnachmittags fanden verschiedene Präliminarien zwischen den einzelnen Abordnungen statt, um die Auffassung über die Minderheitenfragen zu klären. Es wird erwartet, daß Staatssekretär von Subert in der nächsten Sitzung des Ratsauschusses bei Beginn der Aussprache den deutschen Standpunkt betonen werden und nachdrücklich darauf hinweisen, daß der Londoner Minderheitenbericht für Deutschland in Frage steht und eine eingehende Prüfung des Minderheitenproblems durch den Studienauschuss unbedingt erforderlich sei.

Mitteilungen über Preußen-Konkordat.

Die Faktionen werden unterteilt.
Berlin, 7. Juni.

Heute vormittag um 11 Uhr findet im preussischen Staatsministerium eine Sitzung statt, in der die Faktionen über den Anhalt des inzwischen bereitgestellten Konkordats zwischen der Staatsregierung und dem päpstlichen Stuhl unterteilt werden. Zunächst werden die Konfessionsparteien und am Nachmittag die übrigen Parteien informiert.

Die Vorlage dürfte am 17. Juni an den Staatsrat gelangen. Der Staatsrat, der für den 19. Juni auf etwa vier Tage einberufen ist, um neben kleinen Vorlagen insbesondere das Städtebaugesetz zu beraten, wird sich voraussichtlich in diesem Sitzungsbereich auch mit der Konkordatsvorlage befassen. Es ist zu erwarten, daß die Vorlage lobann noch vor den Sommerferien die Kollverammlung des Landtages, das bekanntlich am 25. Juni auf etwa drei Wochen zusammentritt, befristigen wird. In einer Befragung, die einige Tage vor dem 17. Juni stattfinden soll, wird die Regierung über den Anhalt des Konkordats der Presse Mitteilung machen.

Haushalt des Reichswirtschaftsministers.

Die Sitzung des Reichstages.
Berlin, 6. Juni.

Der Reichstag setzte gestern die Aussprache über den Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums fort. Als erster Redner sprach der Kommunist Koene, der sich besonders gegen die Ernte- und Konjunkturwende, die er behauptete, die J. G. F. a. b. h. in den letzten Jahren einen Gesamtgewinn von weit über dreihundert Millionen gezeigt. Die Lohnwerte der Arbeiter (Zurück) und die Gewinnersätze (Vorwärts) seien die Gründe für die Konjunkturwende. Der Redner ging dann auf das Lieferverhältnis ausländischer Rohstoffe auf die deutsche Wirtschaft ein und erklärte zum Schluß, das deutsche Finanzkapital wolle aus der Reparationsstrategie mit größerer Selbstständigkeit hervorgehen.

Nach ihm sprach der Abg. Benckise (Dnt.), der betonte, daß Koalitionsgemeinschaften, die aus Zweckmäßigkeitsgründen notwendig seien, keine Gewinnsgemeinschaften darstellen. Er forderte, daß etwa ein aus der

Absonderliche Menschengestalten.

Ein Menschenfoto von elf Zentnern. — Der Goliath von 2,85 Metern. — Ein Weib, der nicht größer war als ein Zwerglein.

Häufig pflegt man Zwillingen nachzugehen, daß sie sich gleichen wie ein Ei dem anderen. Das ist natürlich ein recht dehnbarer Begriff. Mag die Ähnlichkeit noch so täuschend sein, zwei gleiche Menschen gibt es in dieser Welt überhaupt nicht; sei es nun, daß die größeren Ähnlichkeiten auf Körperlichem oder auf geistlichem Gebiet zu finden sind. Die Natur hat nur einmal keinen Gesalbten koren. Menschen in dieses Dasein zu legen, die sich bis in die allerletzten Einzelheiten gleichen, mag das flüchtige Urteil sich auch noch so leicht von der Doppelgängerin einfangen lassen. Zusammen hat aber die gleiche Natur auch Leuten ganz sonderbarer Art. So lehrte es auf der einen Seite verformt, einen zweiten Menschen nach einem schon einmal benutzten „Mutter“ aufzuwachen zu lassen, so lehrte sich mitunter diese Natur in recht merkwürdigen Einfällen aus.

Sn der Menschheitsgeschichte ist, so weit bisher durch die Ueberlieferung nachgewiesen werden kann, nur ein einziges Mal das höchstüberderrbare Wunder zu verzeichnen gewesen, daß ein Mensch von — horribile dictum! — elf Zentnern den Größenloben unter seinen Schwestern erdröhnen ließ, aber es genügt, daß dieses Wunder tatsächlich schon einmal dagewesen ist. Wo dieser Mann gelebt hat? Selbstredend im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten, in Amerika. In diesen gewichtigsten aller Reiche ist Deutschland bisher auch nicht annähernd herangekommen, wenn inmerhin auch bei uns schon allerlei „schwere Säcken“ zu verzeichnen waren. Bei einem 1890 in der fächlichen Hauptstadt veranstalteten Tagung der deutschen Deutsche wurde beispielsweise ein Herr aus Altenberg preisgekrönt, der sich einer Körperschwere von nicht weniger als 888 Pfund rühmen konnte, der zweißhundert, ein biederer, aus Hainigis händler der Kaufmann, bei freilich schon wesentlich ab, denn er konnte „nur“ einen Corpus von 594 Zentnern „in die Waagschale legen“. Auch heutzutage haben wir nicht einermöglichen Gleichgewichtes gegen den amerikanischen Weltrekord aufzuweisen. Ueberhaupt scheinen in den Vereinigten Staaten weit bessere Vorbereitungen für das Gewicht von Rekolten vorhanden zu sein als bei uns, denn Americas Liste der körpergewichtigsten Leute ist im Vergleich zu den übrigen Ländern anfallend groß.

In zweiter Stelle steht auf diesem „wuchtigen“ Gebiete das Inselreich England, das in den letzten Jahrhunderten mehrere menschliche Weltrekorde von achthundert und mehr Pfund als seine Bürger verzeichnen durfte. In diesem Zusammenhang darf auch der fächliche Württemberger Nicolini erwähnt werden, der ein Kolossalfigur von 661 Pfund auf die Bretter stellte. Sn allgemeinen sind jedoch den Brettern, die die Welt bedeuten, solche unermeßliche Ver-

hältnisse wenig anzupfehlen, es sei denn, die Polizei habe die bantenschönen Grundlagen der Bühne aufs allerjüngste nachgeprüft.

Auch an „langen Kerls“ hat Mutter Natur schon allerhand Gestalten in dieses Dasein geführt, die sich mehr der Phantastik statt der Wirklichkeit nähern. Allerdings ist der Goliath, dessen in die Bibel Erwähnung getan wird und dem man eine Größe von annähernd 4,80 Metern nachrechnet, niemals erreicht worden. Die bisher erreichte größte Körperlänge, die von der Wissenschaft der neueren Zeit bestätigt worden ist, beläuft sich auf 2,85 Meter, eine Länge, die wahrhaftig schon allerhand zu bedeuten hat und zu verman mit vollem Respekt „aufzuhaben“ darf. Seinabe so respektabel ist auch der eilfliche Riese Kraw in die Höhe gewachsen, den man in dem bei Sinsbrud gelegenen Schloß Andras vermisst hat. Seine Körperlänge betrug 2,745 Zentimeter. Da sehr häufig die übermäßige Körperlänge ein Symptom krankhafter Veranlagung ist, geht der Wunsch ins Ungewöhnliche jenseit auch auf Kosten des harmonischen Körperbaus.

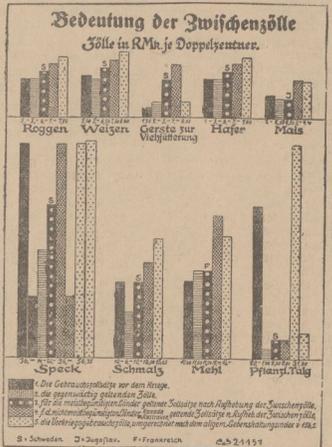
Auch ganz ungewöhnlich geringe Körpermaße sind meist auf Krankheits Symptome zurückzuführen. Als Zwerggröße gelten im allgemeinen die Körperlängen unter etwa 120 Zentimetern. Die eigentliche „Liliputanengrenze“ liegt zwischen 70 und 90 Zentimetern. Menschen von siebzig Zentimetern Körpergröße sind aber bei weitem nicht die kleinsten. Von dem Pariser Wissenschaftler Buffon wird in seinen Werken unter anderem ein Zwerg erwähnt, der nicht einmal so groß war als ein neugeborenes Kind. Während die kleinsten Erdbebner, die eben zur Welt gekommen sind, durchschnittlich etwa 48 bis 51 Zentimeter messen, hatte der Zwerg, mit dem sich Buffon in seinen Schriften befaßt, die überaus merkwürdige Größe von nur 43 Zentimetern. Und doch kennt die Geschichte einen noch weit bedeutsameren „Rekord nach unten“. Der kleinste Mensch, der nach einwandfreiem wissenschaftlichen Beweis bisher auf Erden gelebt hat, war nämlich trotz seiner lediglich Jahre nicht größer als 38 Zentimeter. Es handelt sich hier um den Ägypter Agathe, der keine Behausung auf dem Berge Sinai aufgefunden hatte und ganz einfach für sich lebte, da er als ungewöhnliches Stoffkind der Natur mit der übrigen Menschheit nicht fertig werden konnte, weil diese Menschheit noch seiner Meinung die Maße viel zu hoch trug.

Bei der Unannehmlichkeit der Natur bleibt es auch nicht zu verwundern, wenn schon jenseit bei den Neugeborenen die merkwürdigsten Längen- und Gewichtunterschiede wahrzunehmen sind. Es gibt Kinder, die schon gleich mit dem Weltrekord in diesem irdische Zammertal hereingeschickt kommen. In den allernormigen Fällen jedoch werden von den Eltern naturgemäß solche abnormen Erscheinungen begrüßt, weil sie mit dem zunehmenden Lebensalter häufig sehr rasch auszuwachen und da sie eben krankhafte Erscheinungen sind, die dem Kinde später zur Last werden.

Das Körpergewicht neugeborener Kinder schwankt im allgemeinen zwischen ungefähr 3120 bis annähernd 3300 Gramm. Mädchen haben seit durchweg ein geringeres Gewicht als Knaben. Die Geschäfte der Anomomiten kennt Fälle, da zuweilen von eher schwächlichen als starken Mütter Kindern im Gewicht von zwölf bis vierundzwanzig Pfund geboren wurden. Sn einem Falle hatte der neugeborene vierundzwanzig Pfund schwere Knabe außerdem noch die ganz außergewöhnliche Körperlänge von 74 Zentimetern, also etwa einvierter Meter über der normalen Säuglingsgröße.

Sn allgemeinen darf wohl gesagt werden, daß nur in den seltensten Fällen der „Koloßalismus“ geboren wird, daß vielmehr Päter die an sich wohl schlammere Veranlagung zum Indolenzwachsen und zum Indolenzwachsen durch eine ungenügende Ernährung, durch Fehler in der Ernährung, durch übermäßiges Trinken oder auch durch die Eigenart des Berufes gemehrt oder förmlich entfesselt wird.

H. J. Vertens.



Bekanntmachung.

Verpachtung der städtischen Wiesen der Rektorats- und Kantaratswiesen

findet am Freitag, den 14. Juni d. Js., von nachm. 3 Uhr an unter dem im Termin bekanntgebenden Bedingungen öffentlich meistbietend statt.

Terminpunkt: Reindorfer Fähr. Nebra, den 6. Juni 1929. Der Magistrat.

Die Grasnutzung

meiner ca. 12 Morgen großen Wiesen soll in einzelnen Parzellen am Freitag, den 14. Juni d. Js. (anschließend an den Verkauf der städtischen Wiesen) öffentlich meistbietend verkauft werden.

Friedrich Bretnitz, Outschreiber. Nebra, den 7. Juni 1929.

Kirschenverkauf.

Der diesjährige Kirschenanhang der Stadtgemeinde Nebra, der Rittergüter Nebra mit Wipkau und Birgitz, des Rittergutes Jüngst soll

Mittwoch, den 12. Juni ds. Js., von nachm. 3 Uhr an im Ratskeller zu Nebra unter dem im Termin bekanntgebenden Bedingungen öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung verkauft werden.

Die diesjährige Kirschnutzung

der Rittergüter Vigenburg, Weissenhirmbach, Reindorf, Kleinschütz und des gräflich Gutes Spielberg soll am

Montag, den 10. Juni, vorm. 10½ Uhr im Gasthofe zu Vigenburg im Wege des Meistbietens gegen Barzahlung zu den im Termin bekanntgebenden Bedingungen verkauft werden.

Versammlung

des Obst- u. Gartenbau-Vereins Nebra u. Umg. findet Sonntag, den 9. Juni 1929 in Liederstedt (Gasthaus „Weißes Hof“), vormittags 9½ Uhr statt mit folgender Tagesordnung:

- Bortrag des Herrn Obstbau-Inspectors Belchert-Naumburg: „Weshalb müssen sich die Obstbauer auf den gemeinsamen Obsttag einstellen“.
- Ausprache über Obstschutz.
- Obstbaumprüfungen.
- Wahlentscheidung über die nächste Versammlung.
- Wünsche, Anträge.

Die Mitglieder des Vereins werden zu zahlreichem Besuch herzlich eingeladen. Der Vorstand.

Sigung der Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch, den 12. Juni 1929, abends 8 Uhr im Saale des „Ratstellers“.

- Tagesordnung:
- Beschlußfassung über die Gültigkeit der Stadtverordnetenwahl vom 26. Mai 1929 (§ 6, Ziffer 4 des Gesetzes über die vorläufige Regelung der Gemeindebewahlen vom 12. Februar 1924, Gef. S. S. 90) und Einführung und Verpfichtung der Stadtverordnetenversammlung § 28 der Städteordnung)
 - Wahl des Viro
 - Wahl des Beigeordneten
 - Wahl von 3 Magistratsmitgliedern
 - Erklärung des Bürgermeisters zu den kommunalpolitischen Vorkängen, die zur Auflösung und Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung geführt haben.

Nebra, den 7. Juni 1929. Franz Schmidt (als ältestes Mitglied der Stadtverordnetenversammlung).

CAFÉ „ZUR BURG“
Sonabend, den 8. Juni, Abends 7½ Uhr
Gross. Gesellschaftsabend
(Unter Mitwirkung von Fri. Alice Legan von der Prinzessin-Schauburg, den Haag, Hol.)
Flotte Musik / / ff Speisen und Getränke
Es laden ergeben ein
Oswald Möder und Frau.

Kleinwangen
Sonntag, den 9. Juni, von nachm. 3 Uhr an:
Mädchentanz
im Freien
wozu freundlichst einladen
Die jungen Mädchen. Paul Neumann.

Stadt-Lichtspiele Preuss. Hof
Sonntag, den 9. Juni, abends 8½ Uhr:
Brand in Kasan
franz.:
Der Schleier fällt
Es laden freundlichst ein
Vorgwardt.

Sehr wichtig für alle Geschäftsleute und Gewerbetreibende!

Wer bei der Steuerklärung keine Differenzen mit dem Finanzamt haben will, der führe das finanziell empfohlene
Universal-Geschäftsbuch
bearbeitet v. Steuerfachmann Ober- und Geheimen Regierungsrat Singlmann. Preis RM. 5.50.
Zu beziehen von der
Buchhandlung Wilhelm Sauer
ROSSLEREN

Allerfeinste
Matjesheringe
jaure Gurken
ff. Sauerkraut
empfehlen
August Oelschig.

Ohne Reklame kein Geschäft!

Briefpapier
in guten Qualitäten
lose und in geschmackvollen Packungen
Walter Scharf, Nebra.

Gibt es wirklich eine Heilkunde für Alle?
Gewiß, Das Buch von Reinhard. Er ist ein tüchtiger Arzt, erfahren, gewissenhaft, schreibt glänzend, fesseln, interessant. Beschreibt alle erdenklichen Krankheiten und weist für jeden Fall den Weg zur Heilung. Sagt alles, was der Laie verstehen kann. Seine „Heilkunde für Alle“ ist eine überragende Leistung. Ein stattlicher Band, 926 Seiten Lesekonformat, 475 Bilder, tadelloß gedruckt, vornehm in Ganzleinen geb. 30 M. Teilzahlungen. Illustrierte Prospekte mit Lese- und Bildproben kostenlos in den Buchhandlungen oder durch den
VERLAG HERDER, FREIBURG IM BREISGAU

Magdeburger Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Magdeburg

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Wohnstätten 1.10 M.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Köthen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köthen.
Geschäftsstelle in Magdeburg: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köthen Nr. 21. — Volkshelkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 0 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenzeit 20 Pf. Anzeigenannahme an Dienstagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Magdeburg — Bankverein Atern.

Nr. 66

Sonnabend, den 8. Juni 1929

42. Jahrgang

Der Young-Plan fertiggestellt. Zur Unterzeichnung bereit.

Paris, 7. Juni.
Im Laufe des gestrigen Tages ist nach Ueberwindung noch einiger unbedeutender Schwierigkeiten der Young-Plan endgültig fertig gestellt worden. Die Entschlüsse sind am Nachmittag zu einer Vollziehung zusammen, in der von dem Vizepräsidenten der Reparationsarbeiten Kenntnis genommen wurde. Die Unterzeichnung des Dokuments findet heute statt.

Nach Angaben des „Reist Parisien“ entfallen von den ersten 37 Durchschnittpunkten, die, wie bekannt, nach Abzug der Aufwendungen für die Dawes-Anleihe 1988 Millionen Mark betragen, folgende Summen auf die einzelnen Gläubiger: Frankreich 1039 Millionen, Großbritannien 419 Millionen, Italien 211 Millionen, Belgien 115 Millionen, Vereinigte Staaten 66 Millionen, Japan 13 Millionen. Der Rest wird unter Südslawien, Rumänien, Griechenland, Polen und Portugal verteilt.

Groener über die Reichswehr.

Spezialmaßnahmen an dem geistigen Inhalt der Tradition. — Die Sperrmaßnahmen. — Das Spionagegesetz im Deutschen Reich.

Berlin, 7. Juni.
Die Redaktionen im Hausparlament auf dem Reichstages haben gegenwärtig im Zeichen des Wehreretzats und besonders unter dem Eindruck der Rede, die der Reichswehrminister Groener am Mittwochabend gehalten hat. In dieser Rede hatte Groener die in der letzten Zeit in der Presse erscheinenden Wehrprogramme als einen Ausdruck des Willens zur Wehrfähigkeit begrüßt. Der Minister betonte wieder, daß die Reichswehr zu einer überparteilichen Standpunkt gebracht werden müsse. In mancher Beziehung habe sie die alte Armee, die trotz verlebter Schwächen ein vorzügliches Kriegsinstrument gewesen sei, nach nicht minder vertriebt. Die vierhundertlang bestehende Tradition des deutschen Heeres sei abgelehnt von ihren Verfehlungen in der geistigen Inhalt bereinigt und nicht zum Absterben verurteilt. Wir ständen an einem Wendepunkt der Kriegskunst und niemand wisse, wohin der Weg gehe. Aus Sperrmaßnahmen würden in diesem Jahre die Maßnahmen ersaßlichen. Nach anderen Sperrmaßnahmen würden durchgeführt, die aber nicht für die nächsten Jahre beantwortet werden könnten, da man sonst den Anstoß an die Zukunft verpalle.

Im Verlauf der Aussprache wurden zahlreiche Anfragen an den Minister gerichtet, die er am Donnerstag beantwortete. Er betonte, daß das Spionagegesetz, das sich im Deutschen Reich, immer enger werde, 100 Fälle mit 111 Personen seien bereits abgeurteilt. Es sei eine Staatsnotwendigkeit, hier Abwehrmaßnahmen zu schaffen. Es wurde eine Entschließung angenommen, wonach bei der Zusammenlegung von Garnisonen darauf zu achten ist, daß die Garnisonen nicht zu Aufwachen veranlaßt werden, die eine schwere Belastung bedeuten. Ferner wurde die Vorlegung einer neuen Dienstpflicht über die Lohnmannschaft befördert.

Eregte Debatten im Reichstag.

Die Pariser Verhandlungen im Vordergrund.

Berlin, 7. Juni.
In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde die Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums fort. Am Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand die Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius, der sich besonders in der Frage der Arbeitslosenversicherung scharf gegen die Sozialdemokratie gewandt hatte.

Abgeordneter Brandes (Soz.) sprach sich gegen die Ausführungen des Reichswirtschaftsministers zur Frage der Arbeitslosenversicherung, durch die der Eindruck erweckt werden konnte, als ob diese Frage bereits abschließend vom Kabinett geregelt. Tatsächlich sei dies nicht der Fall. (Hört! hört! b. d. Soz.) Die Sozialdemokraten stimmten einer beschränkten Beitragserhöhung zu und seien zur Beilegung nachweislich beherrschender Minderheiten im übrigen verhalten. In der Fortsetzung der Rede über die Arbeitslosenversicherung. Unter lebhafter Zustimmung erklärt der Redner, das Verhalten der 2½ Millionen Erwerbslosen werde erheblich ab von den Gewalttaten derjenigen, die durch den Sturm auf die Finanzmärkte ihr Recht suchen.

Abgeordneter Dr. Altmann (DnL) wandte sich ebenfalls gegen die Ausführungen des Ministers, der ein Werturteil über die ganze Beschäftigungslage des Reiches abgegeben habe, ohne den Beweis für seine Behauptungen zu erbringen. Der Minister habe außerdem die Grenzen des in der dem Reichstag über die Arbeitslosenversicherung. (Zustimmung rechts.) Der Redner befragt sich dann mit der Pariser Konferenz. Der Redner fragt, ob der Minister den Verhandlungen zugestimmt habe, eine die Frage der Arbeitslosenversicherung geklärt war, ob er kein Vieh dagegen eingelegt habe, daß wir Verpflichtungen weit über das Verfallene Diktat hinaus übernehmen, die er weiter das Angehörige mitanliegen konnte, daß gegenüber den dringlichen Forderungen der Arbeiter die deutschen Vorstellungen in Höhe von über 40 Milliarden nicht aufgegeben wurden. Alle diese verändernde, Unheil abwendende Tätigkeit habe



(Gelächter und Zurufe: Sie sind ein Mann von Wort!) Es scheint im System des Herrn Köhne zu liegen, falls zu zitieren. Er habe teils Dinge zitiert, die überhaupt nicht geschrieben worden seien, teils herausgerissene Worte und Sätze wiedergegeben. Es ist nicht zu leugnen, so erklärt der Redner, daß Köhler und Schacht ins Ruhrgebiet gefahren sind, um die Schwerindustrie umzustimmen. Nach den Darlegungen Schachts über die drohende Transferteile hat Köhler bei den Besprechungen erwidert, er brauche diese Kreise nicht, nur dann seien die Lohnfrage und die Reparationsfrage auf einmal zu beilegen. (Stürmisches Hört! hört! links. — Zuruf rechts: Das hat ihm der Redner erzählt!) Daß ein Schaden durch seine Artikel nicht entstanden sei, ergebe sich daraus, daß vier Tage nach dem Pfeilersturm unsere Forderung, daß die anderen Delegierten auf den Young-Plan zurückgehen müßten, bekräftigt worden sei. (Zuruf rechts: Sie kriegen noch ein Verdienstfreud!)

Abg. Torgler (Komm.) weist darauf hin, daß der Minister kein Wort über die Arbeitslosenversicherung gesagt habe und die Erklärung des Abg. Brandes also das Produkt von Verhandlungen der Regierungsparteien zu sein scheine. Der Redner beantragt erneut die Herbeiführung des Reichstages.

b. Guerdar über den Paragraphen 218.

Die Debatte im Strafrechtsausschuß.

Berlin, 7. Juni.
Der Strafrechtsausschuß des Reichstages legte gestern die Aussprache über den Abtreibungsparagraphen fort. Er steht Gehörnis vor für eine Frau, die ihre Frucht im Mutterleib durch Abtreibung fötali oder die Zügel durch einen anderen zuläßt. In besonders letzten Fällen kann von Strafe abgesehen werden. Bei gewerbmäßiger Abtreibung ist Justizstrafe bis zu 10 Jahren vorgesehen.

Reichsjustizminister Guerdar bezeichnete die Fassung des Entwurfs als eine gute Lösung. Es sei ein elastischer Strafrahmen vorgesehen, der allen Fällen gerecht werden könne. Einer Einschränkung der Strafbarkeit über den Entwurf hinaus müsse die Reichsregierung widersprechen. Eine etwaige Freigabe der Abtreibung in Krankenhäusern würde das Kurpfuschertum nicht beilegen. Außerdem würde die Freigabe der Abtreibung eine weitere gewalttätige Abnahme der Geburtenziffer zur Folge haben. Die Möglichkeit strafloser Abtreibung müsse schließlich die letzten Hemmnisse auf geschlechtlichem Gebiete einreißen. Es sei eine weitere Vermilderung der Sitten und eine Verknüpfung der Achtung vor dem werdenden Leben zu befürchten und eine weitere Zerrüttung der Grundformen der Ehe möglich eintreten. Der Minister wandte sich auch gegen die von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Dreimonatsgrenze, die gesetzgeberisch nicht verwirklicht sei.

Der Reichsjustizminister beschäftigte sich dann mit den Forderungen nach Freigabe der Abtreibung unter besonderen Voraussetzungen der sogenannten eugenischen, sozialen und ethischen Indikationen. Er lehnte alle diese Gründe ab. Zur Begründung wies er darauf hin, daß beim heutigen Stande der Ver-

ehrung nicht mit Sicherheit erklärt werden könne, daß ein bestimmtes Elternpaar ein krankes Kind erzeugen werde. Eine Erweiterung des sozialen Schutzes von Mutter und Kind sei Aufgabe des Staates. Wenn aber mit sozialen Mitteln der Abtreibung vorgebeugt werde, könne für Straffreiheit kein Raum mehr sein. Notzucht und Schändung könnten nur durch Verhaftung des Täters, nicht aber durch Abtreibung geführt werden. Zusammenfassend stellte der Minister fest, daß eine weitere Lockerung der Strafvorschriften nicht angängig sein könne. Das Recht zur Verurteilung von Leben könne nur in den medizinisch unbedingten notwendigen Fällen und dadurch sittlich erlaubten Fällen des Volksganges zugelassen werden. Ein weiteres Umfassen der Abtreibung würde das deutsche Volk physisch und moralisch zu Grunde richten.

Ratskomitee für Minderheitenfragen.

Streng geheime Eröffnungsitzung in Madrid.

Madrid, 7. Juni.
Der Ratsausschuß für die Minderheitenfragen, dem sämtliche Mitglieder des Völkerbundes angehören, hat gestern in seiner ersten streng geheimen Sitzung den Londoner Bericht des Dreierausschusses angehört. Die Verteilung des umfangreichen Berichtes nahm die gesamte Vortagsitzung in Anspruch.

Zu Beginn der Sitzung gab Brand, Scialoja und Waisjoff Erklärungen ab, in denen sie ihrem lebhaften Bedauern über das Ausbleiben Chamberlains aus dem Völkerbund Ausdruck gaben und seine bisherige Tätigkeit und seine Verdienste um den Völkerbund hervorhoben. Die Aussprache des Ratsausschusses über den Londoner Bericht wird in der nächsten Sitzung beginnen.

Von Seiten der englischen Abordnung wird amtlich die Mitteilung für festgesehen, daß weder der englische Botschafter in Madrid, Graham, der Mitglied im Ratsausschuß für die Minderheitenfragen vertritt, bereits Besprechungen mit dem neuen Regierung über die Minderheitenfragen zu führen. Es wird erwartet, daß Staatssekretär von Schuberz in der nächsten Sitzung des Ratsausschusses die Beginn der Aussprache den deutschen Standpunkt bekanntgeben und nachdrücklich darauf hinweisen, daß der Londoner Minderheitenbericht für Deutschland untragbar und eine eingehende Prüfung des Minderheitenproblems durch den Studienausschuß unbedingt erforderlich sei.

Am Laufe des Donnerstagsnachmittags fanden verschiedene Besprechungen zwischen den einzelnen Abordnungen statt, um die Auffassung über die Minderheitenfragen zu klären. Es wird erwartet, daß Staatssekretär von Schuberz in der nächsten Sitzung des Ratsausschusses die Beginn der Aussprache den deutschen Standpunkt bekanntgeben und nachdrücklich darauf hinweisen, daß der Londoner Minderheitenbericht für Deutschland untragbar und eine eingehende Prüfung des Minderheitenproblems durch den Studienausschuß unbedingt erforderlich sei.

Mitteilungen über Preußen-Konkordat.

Die Fraktionen werden unterrichtet.

Berlin, 7. Juni.
Seit vormittag um 11 Uhr findet im preussischen Staatsministerium eine Sitzung statt, in der die Fraktionen über den Inhalt des inzwischen derartig gestellten Konkordats zwischen der Staatsregierung und dem preussischen Reich unterrichtet werden. Zunächst werden die Fraktionsparteiellen und am Nachmittag die übrigen Parteien informiert.

Die Vorlage dürfte am 17. Juni an den Staatsrat gelangen. Der Staatsrat, der für den 19. Juni auf etwa vier Tage einberufen ist, um neben keinen Vorlagen insbesondere das Städteangelegenheit zu beraten, wird sich voraussichtlich in diesem Angelegenheit auch mit der Konkordatsvorlage befassen. Es ist zu erwarten, daß die Vorlage sodann nach vor dem Sommererlasse auch die Vollversammlung des Landtages, das bekanntlich am 25. Juni auf etwa drei Wochen zusammentritt, beschäftigen wird. In einer Besprechung, die einige Tage vor dem 17. Juni stattfinden soll, wird die Regierung über den Inhalt des Konkordats der Presse Mitteilung machen.

Haushalt des Reichswirtschaftsministers.

Die Sitzung des Reichstages.

Berlin, 6. Juni.
Der Reichstag legte gestern die Aussprache über den Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums fort. Als erster Redner sprach der Kommunist Köhne, der sich besonders gegen die Ernte- und Konsumsteuern wandte. Er behauptete, die 3. G. Z. in den letzten Jahren einen Gesamtgewinn von weit über dreihundert Millionen erzielt. Die Leunaerwerke erzielten sogar allwöchentlich rund eine Million aus den Arbeitsträften (Zuruf: Die Leunaerwerke haben die Gewinne aus der Leuna). Der Redner ging dann auf das Abheben der ausbleibenden Beiträge auf die deutsche Wirtschaft ein und erklärte zum Schluß, das deutsche Finanzkapital wolle aus der Reparationsstrafe nur mit größerer Selbständigkeit herorgehen.

Nach ihm sprach der Abg. Seyditz (DnL), der betonte, daß Koalitionsgemeinschaften, die aus Zweckmäßigkeitsgründen notwendig seien, keine Gemeinschaften darstellen. Er forderte, daß die etwa aus der Vo-